



## Amerikanische Einwanderungsreform: Eine hitzige Debatte

Aaron Erlich, Georgetown University

- Der U.S. amerikanische Kongress spaltet sich derzeit in die Gruppe der Befürworter einer „umfassenden“ Einwanderungsreform, einschließlich Legalisierung der illegalen Bevölkerung und einem Gastarbeiterprogramm, und denen, die nur eine Reform zur Verschärfung des Grenzschutzes favorisieren.
- Die Anzahl (zwischen 11,5 und 12 Millionen) und der Zustrom (ca. 850.000 pro Jahr in den letzten fünf Jahren) illegaler Immigranten sind auf Rekordniveau. Doch die Wirtschaft benötigt auch weiterhin mehr Einwanderung, denn 94% der illegalen männlichen Immigranten haben Arbeit, was auf ihre gute wirtschaftliche Einbindung weist.
- Der Kongress sieht sich dem wachsenden Druck seiner Wahlkreise im Mittleren Westen und Südosten ausgesetzt, die in letzter Zeit in größerem Maße illegale Einwanderung erleben und nun eine Lösung des Problems erwarten.
- Während sich die Demokraten bei der Einwanderungsreform einig zeigen, ist die Republikanische Partei aus ideologischen und wahlstrategischen Gründen zwischen denen, die einen umfassenden Vorstoß befürworten und denen, die nur eine Verstärkung des Grenzschutzes wollen, gespalten.
- Das Repräsentantenhaus hat bereits ein Gesetz verabschiedet, das einzig die Verstärkung des Grenzschutzes beinhaltet. Der aktuelle Gesetzesvorschlag im Senat, der im Mai wieder zur Debatte steht, sieht für viele illegale Immigranten abgestufte Legalisierungsbestimmungen vor, ein befristetes Gastarbeiterprogramm und eine massive Erhöhung der Vergabe permanenter Arbeitsvisa. Es scheint allerdings unwahrscheinlich, dass ein Gesetz aufgrund der großen Differenzen zwischen Senat und Repräsentantenhaus noch vor Ende des Jahres verabschiedet wird.

Die Debatte der Einwanderungsreform in den Vereinigten Staaten trifft ins Mark ihrer Identität als Nation. Tatsächlich (anders als Deutschland) verstehen sich die Vereinigten Staaten seit ihrer Gründung als Nation von Immigranten. Heutzutage glauben in den Vereinigten Staaten viele, egal welcher politischen Überzeugung, dass sich das aktuelle amerikanische Immigra-

tionssystem in einem schlechten Zustand befindet und nicht die Anforderungen des 21. Jahrhunderts erfüllt.

Die Debatte am *Capitol Hill* teilt sich in zwei Lager. Das erste Lager unterstützt eine umfassende Einwanderungsreform (*comprehensive immigration reform*). Das zweite Lager fordert die alleinige Verstärkung des Grenzschutzes

(*enforcement only reform*). Beide Lager sind sich aber über die Notwendigkeit der Verbesserung der Grenzsicherung einig. Die Unterstützer der umfassenden Einwanderungsreform argumentieren, dass die alleinige Verstärkung des Grenzschutzes nicht das Problem der illegalen Einwanderung löst und zu viele Mittel von anderen wichtigen Aufgaben, wie dem Kampf gegen den Terrorismus, verschlingt. Um den Druck auf die U.S. Grenze zu verringern, setzen sie sich dafür ein, eine neue Form der Legalisierung der illegalen Bevölkerung in den Vereinigten Staaten zu schaffen, den Rückstand bei der Vergabe permanenter Visa abzubauen und dabei auch die Anzahl der temporären und permanenten Visa besonders für gering qualifizierte Arbeiter zu erhöhen. Die Gegenseite argumentiert, dass die Legalisierung auch jene belohnen würde, die das Gesetz gebrochen haben und glaubt nicht, dass die Vereinigten Staaten mehr zugewanderte Arbeiter brauchen. Weiterhin behaupten sie, die Vereinigten Staaten hätten nie wirklich versucht, die Gesetze des Grenzschutzes zu verstärken, denn es existiert kein Gesetz gegen Schwarzarbeit und die Grenzsicherung sei unzureichend.

## Hintergrund

In jüngster Zeit sieht sich der Kongress zum Handeln genötigt, da er sich einer Fülle von Forderungen individueller Wählergruppen und bedeutender Interessenvertretungen gegenüber sieht. Die Anzahl der bereits in den USA lebenden illegalen Menschen und der weitere Zustrom illegaler Immigranten sind derzeit auf Rekordhöhe, was besonders wichtig für die Abgeordneten des Repräsentantenhauses ist. Illegale machen derzeit 30% aller im Ausland geborenen Einwohner der Vereinigten Staaten aus (inklusive eingebürgerter Staatsbürger). Ferner ist der geschätzte illegale Einwanderungsstrom von jährlich 486.000 (1992 und 1997) auf 850.000 pro Jahr (2000 und 2005) gestiegen.<sup>1</sup>

Der Faktor der wirtschaftlichen Anziehungskraft führt dazu, dass sich illegale Immigranten auf wechselnde Zielorte einstellen. Viele der nicht erfassten Immigranten ziehen heutzutage an Orte im Mittleren Westen und Südosten, die eine so umfangreiche Migration seit mehr als einhundert Jahren nicht erlebt haben. Einige Bewohner der betroffenen Bundesstaaten stellen laute Forderungen an ihre Repräsentanten, da sie illegale Einwanderer als Gesetzesbrecher und Gefähr-

dung der eigenen Arbeitsplätze ansehen, die zudem nicht gewillt seien, zur besseren Integration die Englisch Sprache zu lernen.

Doch nicht nur die Zielorte der illegalen Immigranten haben sich verändert, sondern auch das Muster und die Art und Weise, wo und wie die Grenze passiert wird. Das Ergebnis verstärkter Grenzschutzbemühungen an Grenzpunkten, an denen traditionell Immigranten illegal einreisen, wie bei El Paso in Texas und San Diego in Kalifornien, bedeutet eine Verschiebung der illegalen Übergänge in abgelegene Gegenden an der Grenze zu den Bundesstaaten Arizona und Neu Mexiko. Diese Staaten hatten bis dato noch keine derart umfangreiche illegale Einwanderung erlebt. Bei den dort lebenden Einwohnern herrscht große Unzufriedenheit über die aufkommende Kriminalität in ihren Gemeinden. Sie kritisieren aber auch die zusätzlichen sozialen Kosten für die schulische Ausbildung und das Gesundheitssystem. Nicht zu letzt verweisen sie auf die Gefahren, denen sich diese Immigranten aussetzen, wenn sie die Durchquerung der Wüste wagen, die oft genug mit dem Tod endet.

Über der Einwanderungsdebatte schwebt auch weiterhin die Frage des Terrorismus. Die überwältigende Mehrheit illegaler Einwanderer kommt in die Vereinigten Staaten, um friedlich einer Beschäftigung nachzugehen. Dennoch führte die steigende Anzahl der Menschen, die illegal die Grenze der Vereinigten Staaten überqueren, in Verbindung mit der erhöhten Sicherheitsstufe nach dem 11. September, zu erheblichen Bedenken der Durchlässigkeit der U.S. Grenze. Große Teile der Bevölkerung befürchten, Terroristen und transnationale Kriminelle könnten genauso leichtes Spiel haben, wie die vielen anderen illegalen Einwanderer.

Es gibt aber auch andere Entwicklungen, die nur indirekt mit der Einwanderungsdebatte in Verbindung stehen, sie aktuell aber dennoch beeinflussen. Viele Kongressmitglieder haben erkannt, dass durch den stetig steigenden Bevölkerungszuwachs auch die hispanische Wählerschaft immer mehr an Bedeutung gewinnt. Wie bei kürzlich stattgefundenen Wahlen beobachtet werden konnte, treten Latinos als gut organisierte politische Interessengruppe auf, welche Politiker nicht länger als selbstverständliche Wählergruppe annehmen können. Des Weiteren hat die Wirtschaft ihren Druck auf den Kongress verstärkt, die Immigration von gering- und hochqualifizierten Beschäftigten weiter zu erhöhen. So hat beispielsweise die *Essential Worker Immigration Coalition* (EWIC)

den Druck auf den Kongress erhöht, die legale Immigration zu erleichtern.

### Die illegale Bevölkerung

Laut den seriösesten Schätzungen liegt die Anzahl der illegalen Bevölkerung zwischen 11,5 und 12 Millionen und ist seit dem Jahr 2000 um 2,7 Millionen gestiegen.<sup>2</sup> Diese illegalen Einwanderer, die in die Vereinigten Staaten kommen, stammen aus allen Teilen der Welt. Dabei machen allerdings Mexikaner mit 56% die Mehrheit aus. Die illegale Immigration in die Vereinigten Staaten verläuft heute weniger kreisförmig, als es besonders unter der mexikanischen Bevölkerung traditionell der Fall war: Die schwierige und teure Überquerung der USA-Mexiko Grenze zwingt viele Immigranten dazu, eine gute Gelegenheit abzuwarten, um ihre Familien mitnehmen zu können, statt von Zeit zu Zeit in die Heimat zurückzukehren. Zwischen 25 und 40% der illegalen Einwanderer reisten legal – meist mit gültigem Visum – in die USA, um nach Ablauf des Visums einfach im Land zu bleiben. Die übrige unautorisierte Bevölkerung kam illegal und somit ohne gültige Dokumente in die USA.<sup>3</sup> Studien zeigen, dass eine Abschiebung der illegalen Bevölkerung aus sozialen, politischen und wirtschaftlichen Gründen sehr schwierig wäre. Sechzig Prozent (6,7 Millionen) dieser Bevölkerung leben seit mehr als fünf Jahren in den Vereinigten Staaten, während nur 40 % (4,4 Millionen) fünf oder weniger Jahre dort ist. Laut Verfassung hat jeder das Recht auf Staatsbürgerschaft, der auf dem Gebiet der Vereinigten Staaten (und Territorien) geboren wurde. Mit der Ausnahme von Diplomaten zählen dazu auch Touristen, Gastarbeiter und illegale Immigranten. Aus diesem Grund haben 30% der Familien, deren Familienoberhaupt ein illegaler Einwanderer ist, mindestens ein Kind, das die U.S. amerikanische Staatsbürgerschaft besitzt. Es gibt ca. 3,1 Millionen Kinder von illegalen Immigranten, die Staatsbürger der USA sind. Illegale Einwanderer sind auch ein wichtiger Bestandteil der U.S. Wirtschaft. Von den 9,3 Millionen erwachsenen illegalen Immigranten, von denen wiederum 58% männlich sind, gehören 7,2 Millionen zur erwerbstätigen Bevölkerung. Dabei liegt der Prozentsatz mit 94% bei den 18-64-jährigen illegalen männlichen Arbeitern im Vergleich zu 83% der US amerikanischen Arbeiter der gleichen Altersgruppe viel höher. Vergleichsweise gering ist

dabei allerdings der weibliche Anteil. Mit 52% weiblichen illegalen Berufstätigen liegen sie weit unter dem Prozentsatz US amerikanischer berufstätiger Frauen, der 72% beträgt.

### Interessenvertretungen und ihr Druck auf die Einwanderungsreform

Die Wirtschaft und die Gewerkschaften mischen sich kräftig in die Debatte über die Einwanderungsreform ein. Während die Gewerkschaften traditionell die Demokraten unterstützen, stimmen heutzutage bei weitem nicht alle Gewerkschaften den demokratischen Positionen und Vorschlägen für eine umfassende Einwanderungsreform zu. Die meisten „alten“ Gewerkschaften des Dachverbands AFL-CIO unterstützen die Legalisierungsvorschläge für die illegale Bevölkerung. Wenn es allerdings um neue Gastarbeiterprogramme geht, sind sie vehement dagegen. Diese Programme würden die stabilen Langzeitbeschäftigungen mit entsprechenden Sozialleistungen untergraben und zu einer Ausbeutung der Arbeiter führen.<sup>4</sup> Dagegen unterstützen „neue“ Gewerkschaften, wie die *Service Employees International Union* (SEIU) mit 1,8 Millionen Mitgliedern, die Legalisierung und die Gastarbeiterprogramme und verstehen Immigration als Möglichkeit, die gewerkschaftlich organisierte Arbeiterschaft auszuweiten. Es überrascht nicht, dass sich die Wirtschaft für eine Legalisierung und Gastarbeiterprogramme einsetzt, da sie zusätzliche immigrierte gering- und hochqualifizierte Arbeiter braucht, um der globalen Konkurrenz standzuhalten und die Engpässe an Arbeitskräften auf bestimmten Gebieten zu füllen.

*Grassroots* Organisationen decken das gesamte Spektrum der Debatte ab und spielen auch weiterhin eine wichtige Rolle bei der Beeinflussung der politischen Debatte im Kongress. Allgemein lassen sich diese Organisationen als entweder für oder gegen eine umfassende Einwanderungsreform einordnen. Fast alle *Civil Rights* Organisationen unterstützen die Legalisierung und Gastarbeiterprogramme und setzen sich für die Durchsetzung entsprechender Reformen ein. Einige dieser landesweit bekannten und in die Debatte involvierten Organisationen sind z.B. *The National Council of La Raza*, *The National Immigration Forum* und *The Mexican American Legal Defense and Education Fund* (MALDEF). Natürlich gibt es auch Gruppen, die einen Rückgang amerikanischer Kultur

fürchten, sich um die Gehälter und Sozialleistungen von gering qualifizierten Arbeitern sorgen und eine Beeinträchtigung der Umwelt durch das zusätzliche Bevölkerungswachstum sehen. Sie vertreten den Standpunkt, dass die illegalen Bevölkerungsteile abgeschoben werden müssten. Viele dieser Gruppen werden am *Capitol Hill* durch die *Federation for American Immigration Reform* (FAIR) vertreten.

Zusätzlich zu den Gewerkschaften, der Wirtschaft und verschiedenen *Grassroots* Organisationen entwickelt sich seit kurzem auch die katholische Kirche zu einem wichtigen Fürsprecher der umfassenden Einwanderungsreform, was sich durch ihre Lobbyarbeit am *Capitol Hill* und der Organisation von Protesten zeigt.<sup>5</sup> Kardinal Roger Mahony (Los Angeles) rief Katholiken dazu auf, den vom Repräsentantenhaus verabschiedeten „*enforcement only*“ Gesetzesvorschlag (H.R. 4437) nicht zu befolgen, sollte der Vorschlag Gesetz werden. Die katholische Kirche unterstützt Immigration im Allgemeinen und illegale Arbeiter im Besonderen und sieht dies als Schlüsselfunktion ihrer Vorstellung von sozialer Gerechtigkeit. Neben ihrer bekannten Mission im Namen sozialer Gerechtigkeit ist sich die katholische Kirche aber auch überaus bewusst, dass etwa 78% der illegalen Einwanderer aus mehrheitlich katholischen Ländern Lateinamerikas stammen. Diese Katholiken bringen einen sehr traditionellen katholischen Glauben in die USA, weshalb Besucherzahlen der katholischen Kirchen wesentlich angestiegen sind.

### Politik im Zeichen der Wahlen<sup>6</sup>

Die Demokraten demonstrieren in der Einwanderungsdebatte Einigkeit und haben auch rückblickend schon lange Immigration sowie die Bürgerrechte von Minoritäten unterstützt. Die derzeitigen Immigranten werden von ihnen vor allem als zukünftige Wähler wahrgenommen, weshalb sie auch sicherstellen wollen, dass die Wählerstimmen der Latinos nicht zum Republikanischen Lager wechseln. Das Ergebnis ist die von den Demokraten unterstützte umfassende Einwanderungsreform.

Die Republikaner spalten sich in der Frage der Einwanderungsreform dagegen in drei Lagen. Da gibt es zum einen die Gruppe der *Restrictionists*, die auch die größte Gruppe im Repräsentantenhaus (140 von 231) ausmachen und im Senat immerhin 20 von 55 Senatoren stellen. Diese Gruppe vertritt eine strikte Kontrolle der

Schwarzarbeit und der Grenze und stellt sich gegen eine Legalisierung der bereits in den USA wohnenden Immigranten. Die Mehrheit der Basis der Republikanischen Partei steht hinter dieser Gruppe.

Zum zweiten sind es die Moderaten, die unter den Republikanern im Senat eine Mehrheit von 30 Stimmen haben. Im Repräsentantenhaus sind es prozentual etwas weniger. Sie haben erkannt, dass die Abschiebung aller illegal in den USA lebenden Immigranten nicht möglich ist. Eine übermäßig restriktive Gesetzgebung halten sie für gefährlich, da sie zu einer Entfremdung von wichtigen Wechselwählern, besonders Frauen und Latinos, führen könnten. Diese Gruppe setzt sich für ein temporäres Gastarbeiterprogramm ein und ist bereit, eine Art Stufenlegalisierung zu akzeptieren, da die Sicherheit der Vereinigten Staaten dadurch erhöht würde, wenn alle im Land lebenden Bürger registriert wären.

Die dritte und kleinste Gruppe im Republikanischen Lager steht für die traditionell republikanischen Werte der freien Marktwirtschaft, weshalb sie sich für ein temporäres Gastarbeiterprogramm und die Legalisierung der illegalen Bevölkerung einsetzt, da es das wirtschaftliche Wachstum anregt.

Das Weiße Haus versucht derzeit Republikaner vom *Restrictionist* Flügel der Partei wegzulenken, denn Präsident Bush befürwortet eine Einwanderungsreform, die sich an Werten der freien Marktwirtschaft sowie moderaten Ansätzen orientiert. In der Tat hat sich Bush seit Beginn seiner Amtszeit für eine Einwanderungsreform eingesetzt, die arbeitswillige Immigranten mit Arbeitgebern zusammenführt. Des Weiteren weisen Bushs Chefstrategie, Karl Rove, und der Vorsitzende des *Republican National Committee*, Ken Mehlman, auf die demographische Erhöhung durch die Latino-Bevölkerung hin und erwarten von den Moderaten, dass sie die Möglichkeit des Verlusts von vielen Latino-Stimmen berücksichtigen, falls sie ein *enforcement only* Gesetz verabschieden sollten.

### Gesetzgebung

Es scheint, dass sehr unterschiedliche Gesetzesvorschläge vom Repräsentantenhaus und vom Senat vorgelegt werden. Ein Drittel der Mitglieder des Repräsentantenhauses werden alle zwei Jahre gewählt und das so genannte *gerrymandering* hat durch parteipolitische Manipulation klar in Demokratische und Republika-

nische Wähler getrennte Wahlbezirke kreiert. Weiterhin machen es die Regeln im Repräsentantenhaus für die Mehrheit einfacher zu handeln, ohne die Minderheit einzubeziehen. Anders als im Senat, wo die Minderheit viele Möglichkeiten hat, die Gesetzgebung zu ver-zögern und bei umstrittenen Themen oft eine *super majority* (60% Mehrheit) nötig ist, hat die Minderheitenpartei im Repräsentantenhaus kaum Mittel, die Gesetzgebung zu blockieren.<sup>7</sup> Aus diesem Grund ist das bereits verabschiedete Gesetz des Repräsentantenhauses ein höchst konservatives Gesetz. Das Gesetz des Senats könnte weit weniger konservativ ausfallen, wenn es verabschiedet wird. Sollte es allerdings nicht verabschiedet werden, ist der gesamte Prozess der Einwanderungsreform in dieser Legislaturperiode vorerst blockiert.

Das Repräsentantenhaus hat bereits über ein *enforcement only* Gesetz (H.R. 4437) abgestimmt, das weder ein Gastarbeiterprogramm beinhaltet noch eine Erhöhung der permanenten Visa vorsieht. Es beinhaltet auch keine Form der Legalisierung der bereits in den USA lebenden illegalen Immigranten.

Zusätzlich steht im Gesetz:

- Illegale Einwanderer und deren Helfer gelten als kriminell.
- Eine Bewilligung von 2,2 Milliarden Dollar, um einen zweiteiligen Grenzzaun entlang der U.S.-Mexikanischen Grenze zu errichten.

Der Senat war darauf eingestellt, ein umfassendes Gesetz, den so genannten *Hagel-Martinez* Kompromiss (Senat 2611), vor der am 10. April begonnenen Sitzungspause zu verabschieden. Doch dann wurde durch innerparteiliche Streitigkeiten eine Debatte darüber in Gang gesetzt, wie viele und welche Art von Ergänzungsanträgen zum Gesetz diskutiert werden sollten. Der *Hagel-Martinez* Kompromiss, der im Mai wieder zur Diskussion stand, beinhaltet – ähnlich dem Gesetz des Repräsentantenhauses – Arbeitsplatzkontrolle und Grenzeinrichtungen, die allerdings nicht annähernd so umfangreich sein sollen.

Der weitere Inhalt der aktuellen Gesetzesvorlage umfasst:

1. **Ein abgestuftes Legalisierungsprogramm.** Jene illegalen Einwanderer, die mehr als fünf Jahre in den Vereinigten Staaten leben, sollen den Prozess der Einbürgerung beginnen können. Alle, die seit zwei bis fünf Jahren dort leben, sollen das Recht auf eine temporäre Arbeitserlaubnis haben. Die anderen, die weniger als zwei Jahre im Land sind, sollen gar keine Ansprüche stellen können.
2. **Ein temporäres Gastarbeiterprogramm für gering qualifizierte Arbeiter.** Das Gesetz würde die Anzahl der temporären Visa für Gastarbeiter auf jährlich 325.000 erhöhen. Es scheint, dass sich diese Arbeiter auch für eine permanente Aufenthaltsgenehmigung bewerben können und nach weiteren vier Jahren die Möglichkeit haben, die Staatsbürgerschaft zu beantragen. Allerdings gibt es darüber zurzeit noch Unklarheiten im Gesetzesentwurf.
3. **Erhöhung der Vergabe permanenter Visa.** Der Senat will für die nächsten 10 Jahre auch die permanenten Arbeitsvisa von derzeit jährlich 140.000 auf 450.000 erhöhen, von denen 135.000 für gering qualifizierte Immigranten reserviert sind. Ehepartner und Kinder werden dabei nicht gezählt. Die Anzahl permanenter Familienvisa bleibt mit 480.000 im Jahr gleich, wobei Ehepartner, Eltern und minderjährige Kinder von bereits legalisierten US Bürgern nicht mehr dazugezählt werden.

### Ausblick

Sollte der Senat ein Gesetz verabschieden, wovon viele Beobachter ausgehen, müssen der Senat und das Repräsentantenhaus in einem Vermittlungsausschuss über ihre Differenzen beraten. Allerdings halten viele die bestehenden Differenzen zwischen den beiden Gesetzen für so groß, dass sie sich vom Vermittlungsausschuss keine Einigung für ein Gesetz erhoffen. Es ist aber möglich, dass sich Abgeordnete des Repräsentantenhauses darauf einlassen, ihre strengen Positionen abzumildern. Präsident Bush wird voraussichtlich versuchen, das Repräsentantenhaus dahingehend zu beeinflussen, ein

Gesetz zu verabschieden, das dem des Senats ähnelt. Angesichts der bevorstehenden *mid-term* Wahlen ist allerdings noch nicht sicher, ob sich die beiden Häuser nicht dazu entschließen, die Entscheidung lieber auf die Zeit nach den Wahlen im November 2006 zu verschieben. Der Kongress hat derzeit sehr geringe Zustimmungswerte und, trotz der Notwendigkeit einer Einwanderungsreform, befürchten viele Republikaner, dass die Verabschiedung eines so liberalen Immigrationsgesetzes, wie das des Senats, die Chance ihrer Wiederwahl im November beeinträchtigen könnte. Die Demokraten nehmen dagegen an, dass die bevorstehenden Wahlen zu ihren Gunsten ausgehen, weshalb sie nach den Wahlen leichter ein ihren Vorstellungen entsprechendes Einwanderungsgesetz durchbringen könnten. Somit sehen beide Parteien eine Verschiebung dieser Gesetzgebung im Hinblick auf ihre Wiederwahl als hilfreich an, da sie vor allem die jeweilige Gegenseite dafür verantwortlich machen können, die Gesetzgebung zu blockieren.

Sollte es nun aber doch zu einem Kompromiss im Vermittlungsausschuss kommen – der von beiden Parteien getragen wird – müssten beide Häuser zusätzlich zum Vermittlungsausschuss über das Gesetz abstimmen, bevor die zweite Sitzungsperiode am Ende des Jahres vorüber ist. Es ist sehr wahrscheinlich, dass das Gesetz nach den Novemberwahlen und vor dem Ende der Sitzungsperiode endgültig verabschiedet wird.

Washington, DC  
16. Mai 2006

Übersetzung:  
Michael Czogalla, FES Washington

<sup>1</sup> Passel, Jeffrey und Robert Suro: *Rise, Peak, and Decline: Trends in United States Immigration 1992-2004*, Pew Historic Center, 2005. Wie gesehen auf: <http://pewhispanic.org/files/reports/53.pdf>, Mai 2006.

<sup>2</sup> Wenn nicht anders gekennzeichnet, stammen alle statistischen Daten in diesem Abschnitt aus: Passel, Jeffrey: *The Size and Characteristics of the Unauthorized Migrant Population in the United States*, Estimates Based on the March 2005 Current Population Survey, The Pew Hispanic Center, 2006. Wie gesehen auf:

<http://pewhispanic.org/files/reports/61.pdf>, Mai 2006.

<sup>3</sup> Passel, Jeffrey: *Unauthorized migrants: Numbers and Characteristics*, Pew Hispanic Center, 2005. Wie gesehen auf:

<http://pewhispanic.org/files/reports/46.pdf>, Mai 2006.

<sup>4</sup> Gelatt, Julia: *Bush Immigration Appointees, Immigration Judges Criticized*, Migration Information Source, 2006. Wie gesehen auf:

<http://www.migrationinformation.org/USFocus/display.cfm?ID=376>, Mai 2006.

<sup>5</sup> Kerwin, Donald: *Immigration Reform and the Catholic Church*, Migration Information Source, 2006. Wie gesehen auf:

<http://www.migrationinformation.org/Feature/display.cfm?id=395>, Mai 2006.

<sup>6</sup> Dieser Abschnitt bezieht sich auf eine Rede von Hill, Michael: *The Politics in Immigration Law Reform*, Rede am Georgetown University Law Center, 25. April, 2006.

<sup>7</sup> Erlich, Aaron: *Whatever Happened to Old-Fashioned Jimmy Stewart-Style Filibuster?*, The History News Network, 2003. Wie gesehen auf: <http://hnn.us/articles/1818.html>, Mai 2006.